

12.9.2019

Presseinformation

IHK und Bauindustrieverband Ost fordern Ausbau des U-Bahn-Netzes

Mit Blick auf die aktuelle Neuaufstellung des Berliner Lärmaktionsplan fordern die IHK Berlin und der Bauindustrieverband Ost e.V. die Koalition auf, Planungsmittel für den U-Bahn-Bau in den Haushaltsplan 20/21 aufzunehmen. Nur so kann der Senat eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV erreichen und Lärminderung sowie Luftreinhaltung langfristig sichern. Der U-Bahnbau muss vorangetrieben sowie der Lärmaktions- und Luftreinhalteplan angepasst werden, so die Forderung.

Für eine nachhaltige Lärmstrategie bietet demnach gerade der unterirdische Bahnverkehr mit neuen Strecken, Streckenverlängerungen und -verknüpfungen ein besonders großes Lärmschutzpotenzial und hilft, Schadstoffemissionen und Energieverbrauch zu senken. So hat eine detaillierte Untersuchung im Auftrag der IHK Berlin 2018 ergeben, dass das Berliner U-Bahn-Angebot bis 2030 dringend ergänzt werden muss, um der steigenden Nachfrage künftig standhalten zu können.

Jan Eder, Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin: „Dass der U-Bahn-Bau vor drei Jahren nicht explizit in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde, darf heute kein Ausschlusskriterium sein. Berlin braucht dringend den Ausbau des ÖPNV um sich weiterzuentwickeln. Wer die Verkehrswende ernsthaft will, muss doch zumindest Planungsgelder für den U-Bahn-Bau im Haushalt einplanen.“

Schnellbahnsysteme wie die U-Bahn verkehren in kurzer Zeit kreuzungsfrei auf eigenen Bahnen und stehen in keiner Flächenkonkurrenz zu Grünanlagen und anderen Verkehrsteilnehmern. Dabei werden höhere Baukosten durch die viel höhere Leistungsfähigkeit der U-Bahn mehr als gerechtfertigt. Mit Priorität müssen nach Ansicht von IHK und Bauindustrieverband Ost e.V. die Verlängerung der U7 zum BER und zur Spandauer Wissell-Siedlung geplant werden sowie der Weiterbau der U8 ins Märkische Viertel, der U9 nach Pankow und der U6 zur Anbindung der künftigen Urban Tech Republic in Tegel.

„Möchte der Senat sein ökologisches Profil tatsächlich weiterentwickeln, muss er den U-Bahn-Bau aktiv fördern“, kommentierte Dr. Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e.V. „Die Straßen sind voll – Baumaschinen sowie -fahrzeuge erreichen die innerstädtischen Baustellen nur schwer und der Wirtschaftsverkehr wird lahmgelegt. Es verfehlt den Zweck einer Verkehrswende, blockiert sie sogar, wird der Ausbau des U-Bahnnetzes abgelehnt und stattdessen die Straßen mit Trams verstopft. In bestimmten Bereichen der Stadt ergeben sie keinen Sinn und werden der steigenden Einwohnerzahl Berlins nicht vollends gerecht“, so Momberg. „Vergleichbare Städte wie München, Hamburg oder Wien investieren massiv in den U-Bahn-Bau und werben dadurch wertvolles Wissen und Kapazitäten in der Bauwirtschaft ab, die für Realisierung komplexer Ingenieurbauvorhaben im gesamten Bereich der Infrastruktur notwendig sind und der Hauptstadt fehlen würden.“



IHK Berlin und Bauindustrieverband Ost e.V. haben sich intensiv in die Erarbeitung des Berliner Lärmaktionsplans eingebracht und in Abstimmung mit der Handwerkskammer Berlin, den Unternehmensverbänden Berlin-Brandenburg e.V., der Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e.V., der Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg e.V., dem Verband Verkehr und Logistik Berlin und Brandenburg e.V. BFW Landesverband Berlin/Brandenburg e.V., BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V., Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Berlin und Brandenburg e. V. und ADAC Berlin-Brandenburg e.V. detailliert zum Entwurf Stellung genommen.

Die Stellungnahme finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.bauindustrie-ost.de/artikel-55/gemeinsame-stellungnahme-zum-l%C3%A4rmaktionsplan.html>